



Vorerst bleibt das Olympiastadion für Olympia leer | © Martijn Mureau, Wikimedia Commons (CC BY-SA 4.0)

Olympia adé

24. September 2026

*Berlin will seine Bewerbung um die Olympischen Spiele 2036 und danach zurückziehen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner** (CDU), die Senatorin für Inneres und Sport, **Iris Spranger** (SPD), und der Olympia-Beauftragte des Landes Berlin, **Kaweh Niroomand**, bezogen dazu heute im Roten Rathaus auf einer Pressekonferenz Stellung. Die Hauptstadt hatte sich mit dem Konzept „Berlin+“ zusammen mit den Partnern Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Brandenburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele als eine der drei deutschen Regionen beworben. Bereits im Vorfeld war eine mögliche Austragung aber sehr kontrovers diskutiert worden.*

Nach sportlichen Niederlagen werden Ursachen häufig zunächst bei anderen gesucht. Erst wenn die Gemüter sich beruhigt haben, und etwas Abstand zum Geschehen erfolgt ist,

kommt die Analyse der eigenen Entscheidungen und möglicher Fehler. Diese Dynamik lässt sich auch gut bei politischen Vorhaben verfolgen. Für die Aufarbeitung der gescheiterten Berliner Olympia-Bewerbung sollte daher eine sachliche Betrachtung der Gründe im Mittelpunkt stehen.

Fakt ist, dass die Skepsis in der Berliner Bevölkerung über längere Zeit groß war. Die Zustimmung fiel zudem geringer aus als in München oder der Rhein-Ruhr-Region. Da der Senat keinen Weg fand, die Berlinerinnen und Berliner direkt über die Bewerbung abstimmen zu lassen, wurde die Abgeordnetenhauswahl auch zu einer indirekten Abstimmung über die Olympia-Pläne. Das Ergebnis fiel zugunsten der Gegner der Bewerbung aus.

Bei der Aufarbeitung stellt sich daher die Frage, warum es den Befürwortern nicht gelungen ist, in Berlin eine breitere Unterstützung für die Spiele zu erreichen. Welche Rolle spielte die öffentliche Kommunikation in den Wochen vor der Wahl? Warum konnten CDU und SPD, die sich für die Austragung einsetzten, ihre Position im Wahlkampf offenbar nicht ausreichend vermitteln? Und weshalb wurde Berlin im Vergleich zu München und der Rhein-Ruhr-Region auch bei Sportstätten, Zuschauerpotenzial und der "sportfachlichen Strahlkraft" schwächer bewertet? Diese und weitere Fragen gilt es nun zu klären.

Kai Wegner (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin: „Heute ist ein trauriger Tag für Berlin.“

Dr. Dietmar Woidke (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg: „Schade, dass das olympische Feuer vorerst nicht in Berlin entfacht wird. Trotz dessen war das Konzept Berlin+ ein starkes Zeichen für echten Teamgeist über Ländergrenzen hinweg. Am Sonnabend wird sich zeigen, wer für Deutschland ins Rennen um die Olympischen und Paralympischen Spiele geht. Egal, ob diese an der Isar oder Rhein und Ruhr stattfinden, wir drücken die Daumen. Holen wir die Olympischen Spiele nach Deutschland.“

Sebastian Stietzel, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK Berlin): „Was für ein Fehlstart in eine neue Legislatur, eines der zwei großen Zukunftsprojekte für diese Stadt noch vor etwaigen Koalitionsverhandlungen einfach abzuräumen. Fakt ist: Olympische Spiele wären eine große Chance für Berlin gewesen, sich als nachhaltige und internationale Weltmetropole zu präsentieren. Von den Investitionen nicht nur in die Sport-Infrastruktur hätten alle Berlinerinnen und Berliner profitiert. Dass Berlin seine Olympia-Bewerbung zurückzieht, mag angesichts der Umstände nachvollziehbar sein. Entscheidend ist jetzt, nicht auch noch die Chance auf das zweite Zukunftsprojekt, die Ausrichtung der Expo 2035, zu verspielen. Deshalb sollte sich das Land jetzt gemeinsam mit Brandenburg auf eine Bewerbung für die Weltausstellung fokussieren.“

Ute Weiland, Geschäftsführerin des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller

(VBKI): „Wir bedauern den erzwungenen Rückzug Berlins aus dem Rennen um die Olympischen und Paralympischen Spiele außerordentlich. Wir sind überzeugt: Wir lassen eine große Chance für unsere Stadt liegen. Olympia wäre weit mehr gewesen als ein sportliches Großereignis: ein gemeinsames stadtentwicklungspolitisches Ziel, das Kräfte bündelt, Investitionen mobilisiert und Berlin über Legislaturperioden hinweg einen verbindenden Zukunftshorizont gibt.“ (red)